

Friedrich Schweitzer

Theologie und europäische Wissenschaftspolitik

Fakultäten – Forschungsleistungen – Anforderungen an Politik, Kirche und Universität

Der Zusammenhang von Bildung und Religion wird in aller Regel mit dem Schwerpunkt auf das Kindes- und Jugendalter behandelt. Seltener kommt auch die religiöse Bildung Erwachsener mit in den Blick. Gerade der Bezug auf den europäischen Horizont macht jedoch neu bewusst, dass auch der sog. tertiäre Bildungssektor insbesondere in seiner universitären Gestalt berücksichtigt werden muss. Nicht nur die Schule, sondern auch die Hochschule besitzt eine Leit- und Definitionsfunktion im Blick auf das Bildungsverständnis, hinsichtlich der sog. Hochschulreife als Ziel der (gymnasialen bzw. höheren) Bildung sowie im Blick auf das Verständnis von Bildung in Öffentlichkeit und Gesellschaft allgemein. Zugleich gehört die universitäre Forschung zu den Standortfaktoren, denen in der gegenwärtigen Diskussion über Zukunftsfähigkeit im europäischen bildungstheoretischen Diskurs große Aufmerksamkeit zukommt. Theologische Fakultäten als Stätten der universitären theologischen (Aus-) Bildung und Forschung stellen dabei nicht den einzigen Ort dar, an dem der Zusammenhang von Bildung und Religion wahrgenommen werden muss, ohne Zweifel aber handelt es sich bei den Fakultäten um einen hervorgehobenen und für den genannten Zusammenhang besonders wichtigen Ort. Denn wie auch sonst von der universitären Bildung gehen von Theologischen Fakultäten wirksame Impulse auf das Verständnis des Zusammenhangs von Bildung und Religion in der gesamten Gesellschaft aus. Zur Sicherung der Zukunft von Bildung und Religion in Europa gehört daher unverzichtbar die Sorge um die Theologischen Fakultäten – nicht einfach im Sinne traditioneller Legitimationsrhetoriken (so wichtig diese sein können), sondern in Auseinandersetzung mit einer sich internationalisierenden Wissenschaftspolitik insbesondere der Europäischen Union.

Der vorliegende Beitrag ist nicht am berühmt-berüchtigten grünen Tisch des Universitätslehrers entstanden. Er erwächst vielmehr aus meiner langjährigen Beteiligung an europäischen und internationalen Diskussionen im International Seminar on Religious Education and Values (ISREV), der International Academy for Practical Theology (IAPT) sowie der mit dem Comenius-Institut verbundenen internationalen Vereinigungen (CoGREE, ICCS usw.). Im Rahmen meiner universitären Tätigkeit bin ich im Vorstand meiner Tübinger Fakultät als Internationalisierungsbeauftragter vielfach mit entsprechenden Fragen konfrontiert, auch in Zusammenarbeit mit anderen europäischen Fakultäten. Ähnliches gilt im Blick auf die Erfahrungen, die

aus meinem Vorsitz in der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Theologie entstammen, sowie für weitere Initiativen für Bildung und Religion in Europa.

1. Problemhorizonte: Folgen einer sich europäisierenden Wissenschaftspolitik für die Theologie an der Universität

Die Stellung der Theologischen Fakultäten an deutschen Universitäten kann – trotz der anhaltenden Diskussion über ihre notwendige Anzahl – insgesamt als prinzipiell stabil angesehen werden. Fundamentalkritische Einwände gegen die Wissenschaftlichkeit von Theologie, wie sie immer wieder geäußert werden, haben zu grundlegenden rechtlichen Klärungen geführt, die am akademischen Existenzrecht der Theologie keinen Zweifel lassen.¹ So ist es heute weniger eine solche Fundamentalkritik als vielmehr die politisch gewünschte Ökonomisierung der Universität, durch welche sich die Theologie in Status und Anerkennung vielerorts geschmälert sieht. Theologie, so scheint es jedenfalls, trägt wenig oder gar nichts bei zu den allseits erwünschten Standortvorteilen etwa im Sinne technisch und ökonomisch umsetzbarer Innovationen oder meldefähiger Patente (von der fehlenden Möglichkeit eines Nobelpreises für theologische Erkenntnisse ganz zu schweigen). Wer den „Wert“ der Theologie so einschätzt, muss gar nichts gegen Theologie haben – er wird freilich auch kaum etwas finden, was für die Pflege und Unterstützung dieser Wissenschaft spricht. In der Sicht von Kirche oder der Theologie selbst ist eine solche Einschätzung leicht als vordergründig und wenig reflektiert zu durchschauen, aber dies ändert nichts an der Wirksamkeit und öffentlichen Überzeugungskraft entsprechender Argumente.

Politisch gewollt und gewünscht ist heute weithin offenbar eine Universität, die nach dem Vorbild eines Wirtschaftsunternehmens funktioniert – das zeigen beispielsweise schon Universitätsgesetze, die den Universitäten Strukturen geben, die wie etwa Aufsichtsräte und Vorstände dem wirtschaftlichen Bereich entstammen. Noch weiter reichende Folgen ergeben sich daraus, dass die Universität sich, einem solchen Denken zufolge, finanziell selbst tragen oder – womöglich – einen finanziellen Gewinn erwirtschaften soll. Darüber hinaus sollen Universitäten auf dokumentierbare Art und Weise zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Landes beitragen.

1 Noch immer grundlegend und hilfreich: *M. Heckel*, Die theologischen Fakultäten im weltlichen Verfassungsstaat, Tübingen 1986; als aktuelle Weiterführung s. ders., Theologie zwischen Staat und Kirche im freiheitlichen Verfassungsrecht. In: *Zeitschrift für Theologie und Kirche* 103 (2006), 95-142 (mit zahlreichen Literaturhinweisen). Zu europäischen Fragen aus katholischer Sicht vgl. *A. Loretan* (Hg.), Theologische Fakultäten an europäischen Universitäten. Rechtliche Situation und theologische Perspektiven, Münster 2004.

Eine solche Sicht stellt selbst eine internationale Erscheinung dar. Nicht zufällig wird sie von der Europäischen Union schon seit Jahren nachhaltig gepflegt. Eine aktive Wissenschaftspolitik, welche die Wissenschaft nicht einfach unterstützen oder die Freiheit der Wissenschaft als demokratische Errungenschaft gewährleisten, sondern steuernd oder regulierend in sie eingreifen will, gehört zu den Kennzeichen der Europäischen Union. Das „Weißbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung“ - „Lehren und Lernen. Auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft“ zeigt noch immer in vieler Hinsicht, worum es im Kern für eine solche Wissenschafts- und Bildungspolitik geht, nämlich um die „drei großen Umwälzungen“: „die Globalisierung des Wirtschaftsaustausches, die Herausbildung der Informationsgesellschaft und die Beschleunigung der wissenschaftlich-technischen Revolution“.²

Folgen für Theologische Fakultäten ergeben sich daraus auf mindestens drei Ebenen:

- Von nicht unerheblicher Wirksamkeit ist die bereits beschriebene Prioritätensetzung bei unmittelbar ökonomisch nutzbarer Forschung bzw. bei dem, was als solche angesehen wird. Aus dieser Prioritätensetzung erwächst nicht nur das einer wissenschaftlichen Disziplin gebotene oder nicht-gebotene Maß an öffentlicher und politischer Anerkennung, sondern auch die Gestalt aktueller Ausschreibungen und Schwerpunktprogramme, die einer gleichsam tagesaktuellen Neujustierung wissenschaftlicher Forschung dienen sollen. Solche Förderprogramme, deren Zahl beständig zuzunehmen scheint, wecken etwa bei Universitätsleitungen, aber auch bei Landesregierungen die Erwartung, dass sich aktive und agile Fakultäten mit Anträgen und Projektentwürfen erfolgreich beteiligen. Für Theologische Fakultäten sind solche Ausschreibungen allerdings höchst selten - um nicht zu sagen: fast nie - einschlägig, so dass es diesen Fakultäten nicht nur an entsprechenden Teilhabemöglichkeiten fehlt, sondern sie sich zugleich eine - unverdiente, weil strukturell vorgegebene - schlechte Beurteilung als träge und unbeweglich einhandeln.
- Langfristig kommt die größte Bedeutung jedoch der allgemeinen Forschungsförderung bzw. -finanzierung durch die Europäische Union zu, in die wachsende Anteile der bislang nationalen Wissenschaftsförderung (Deutsche Forschungsgemeinschaft u.ä.) überführt werden. In den entsprechenden Rahmenwerken (sog. frameworks) der Europäischen Union, wie sie in periodischen Abständen neu aufgelegt werden, um den Horizont der Fördermöglichkeiten

2 *Europäische Kommission, Weißbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung. Lehren und Lernen. Auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft, Luxemburg 1996, 5.*

und -interessen abzustecken, wird die Theologie nicht angesprochen. Schon ihr Gegenstand – die Religion – wird in aller Regel übergangen, ja, selbst dort geradezu peinlich ausgespart, wo sachlich zum Beispiel im Blick auf interkulturelle Beziehungen von ihr die Rede sein müsste. Im Vergleich zu nationalen Forschungsförderungsmöglichkeiten stellt dies eine deutliche Verschlechterung dar und kann längerfristig zu einer nachhaltigen Schwächung theologischer Forschungsmöglichkeiten führen. Da es sich um eine Strukturveränderung handelt, die dem langfristigen Prozess der Europäisierung entsprechen soll, sind Verschiebungen im Bereich der Forschungsförderung ggf. besonders alarmierend.

- Das Aussparen von Religion als Forschungsgegenstand und Thema von Wissenschaft entspricht nicht nur den Prioritäten bei Ökonomie und Technologie, sondern auch Annahmen, die direkt auf Religion oder Theologie bezogen sind. Sie folgen nämlich einer verbreiteten Tendenz, alle Fragen von Religion, Glaube und Bekenntnis zur Privatangelegenheit zu deklarieren, aus der sich für den Staat keinerlei Verpflichtungen ergeben können, auch nicht im Blick auf seine Trägerschaft von Hochschulen. Diesem Verständnis zufolge kann Religion ohnehin in wissenschaftlicher Weise nicht von Theologie bearbeitet werden (auch sie gehört so gesehen auf die Seite des Privaten), sondern allein in religionswissenschaftlich distanzierter Weise. So erklärt es sich, dass bei Religionsforschung im politischen Diskurs der Europäischen Union bestenfalls die Religionswissenschaft Anerkennung findet, nicht aber die Theologie.

Eine veränderte Wahrnehmung von Theologie in der europäischen Wissenschaftspolitik steht demnach nur zu erwarten, wenn sich die Bedeutung von Theologie und Theologischen Fakultäten für Europa deutlich machen lässt.

2. Klärungen: Zur Bedeutung von Religion und Theologie für Europa

Die Antwort auf die Frage nach der möglichen Bedeutung von Theologie für Europa ergibt sich zunächst daraus, wie Religion als ihr Gegenstand wahrgenommen wird. Wer sich etwa anhand einer Internet-Recherche über die Debatten des Europaparlaments informiert, wird rasch den Eindruck gewinnen, dass Religion dort vor allem mit Fundamentalismus und Fanatismus, Irrationalismus und Extremismus, Terrorismus, Rassismus und Xenophobie oder Diskriminierung und Ethnozentrismus in Verbindung gebracht wird. So ist es also an erster Stelle die Ambivalenz von Religion, die bislang die öffentliche oder politische Wahrnehmung in diesem Bereich beherrscht.

Daneben ist eine schwächere Richtung in der Diskussion zu erkennen, die sich – so jedenfalls mein persönlicher Eindruck –, seit dem 11. September 2001 verstärkt: die Forderung nach einer religiösen Bildung, die zu wechselseitigem Verständnis und Toleranz beizutragen vermag. Systematisch gesehen kann Religion oder religiöse Bildung für Europa besonders in folgenden Hinsichten bedeutsam sein oder werden:

- *Religion als Quelle von Werten besonders der Solidarität:* Soziologisch spricht wenig dafür, dass die Struktur moderner oder postmoderner Gesellschaften selbst als wirksame Grundlage sozialer Solidarität angesehen werden kann. Eine solche gesellschaftliche Struktur basiert vielmehr auf einem hohen Maß an Differenzierung und Individualisierung sowie auf erfolgreichem Wettbewerb zwischen den Individuen. Weder der sog. freie Markt noch technologische Fortschritte können soziale Werte garantieren. Auch die etwa von Jürgen Habermas immer wieder erneuerte Hoffnung, der „demokratisch verfasste Rechtsstaat“ lasse, „mit der Entbindung kommunikativer Freiheiten“, auch das notwendige „einigende Band“ zwischen den Bürgerinnen und Bürgern entstehen, findet im Blick auf die Europäische Union zumindest bislang wenig Anhalt – weshalb der nun auch von Habermas geforderte Rückbezug auf die entsprechenden „Potentiale“ der Religion bedeutsam bleibt.³ Weithin besteht Übereinstimmung darüber, dass vor allem die christliche Tradition und der christliche Glaube in der Vergangenheit als Motive solidarischer Bindung gewirkt haben und noch immer das Potential dafür einschließen, auch in Zukunft solidarische Werthaltungen zu unterstützen.
- *Dialogische Beziehungen zwischen den Religionen:* Respekt und Akzeptanz, Verständigung und Toleranz können nur erreicht werden, wenn die religiöse und kulturelle Vielfalt bewusst ist und von einer wirklichen Kenntnis des Anderen begleitet wird. Eine Beschränkung religiöser Unterschiede auf den Privatbereich kann dies nicht gewährleisten, sondern wird zumindest im Extremfall Ablehnung und Aggression fördern. Umgekehrt trägt ein friedlicher Umgang mit religiöser Differenz zur allgemeinen Friedensfähigkeit bei, wie es beispielsweise auch von einem „Weltethos“ erwartet wird.⁴
- *Religion als Quelle von Orientierungswissen:* Es ist unbestritten, dass Bildung auch Orientierungswissen einschließen und dessen Ausbildung unterstützen muss. Dies gilt auch im Blick auf die für Europa erforderliche Bildung. Religion muss dabei nicht als einzige Quelle

3 J. Habermas, *Zwischen Naturalismus und Religion*. Philosophische Aufsätze, Frankfurt/M. 2005, 113 und 10.

4 H. Küng, *Projekt Weltethos*, München/Zürich 1990 – ein Entwurf, der aufgrund seines plakativen Charakters allerdings auch Rückfragen vielfältiger Art hervorgerufen hat.

eines solchen Wissens im Blick auf die Gründe und Ziele des menschlichen Handelns und Lebens angesehen werden, aber umgekehrt kann Orientierungswissen auch nicht auf Philosophie, Soziologie, Biologie o.ä. beschränkt werden.⁵

- *Religion als Dimension europäischer Identität*: Es ist inzwischen weithin akzeptiert, dass sich ein demokratisches Europa auf der Grundlage allein von wirtschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit ebenso wenig erreichen lässt wie durch die Einführung einer gemeinsamen Währung. Eine europäische Demokratie setzt ein Mindestmaß gemeinsamer Identität voraus, die wiederum auf gemeinsamen Überzeugungen beruhen muss – d.h. Überzeugungen, die immer auch mit sozialen und moralischen Orientierungen, mit Werten und Weltanschauungen oder Religion zu tun haben. Die in den 1990er Jahren geläufige Suche nach einer „Seele für Europa“ macht dies ebenso deutlich wie die Einsicht, dass die europäische Geschichte gerade im Blick auf „europäische Werte“ zutiefst von den in Europa präsenten Religionen beeinflusst wurde – an erster Stelle von Christentum und Judentum, aber, zumindest zu bestimmten Zeiten, auch vom Islam.⁶ Eine „Seele für Europa“ wird es ohne Bezug auf die religiösen Wurzeln schwerlich geben.

Mit diesem Bezug auf den Beitrag von Religion für Europa im Sinne von Solidarität, Dialog, Orientierungswissen und Identität soll nicht einfach ein ideales oder gar idealistisches Bild von Religion gezeichnet werden, das den genannten Ambivalenzen von Religion entgegengesetzt werden könnte. Vertreten werden soll vielmehr die These, dass gerade die Ambivalenzen von Religion zu einer politischen und öffentlichen Begründung für die Notwendigkeit von Theologie führen. Denn wie anders sollen die genannten Potentiale von Religion erschlossen werden als durch eine wissenschaftliche Forschung und Klärung als Grundlage für Dialogfähigkeit und Identität in der Pluralität? Eine solche Forschung ist insbesondere dort erforderlich, wo es um zukunftsfähige Werte geht sowie um die grundlegende Spannung zwischen religiösen Traditionen und moderner Wissenschaft. Eben deshalb ist die Universität der richtige Ort für die Erforschung von Religion. Denn hier wird öffentlich über Religion nachgedacht und diskutiert – in Theologie und Religionswissenschaft sowie im Horizont aller Wissenschaften, die sich mit Religion und religiösen Phänomenen beschäftigen, was beispielsweise der Tabuierung von (kritischen) Fragen und Einwänden gegen religiöse Überzeugungen und Haltungen entgegenwirkt.

Nun gibt es allerdings unterschiedliche oder sogar gegensätzliche Auffassungen darüber, wie die auf Religion bezogene Forschung beschaf-

5 Vgl. V. Elsenbast/M. Götz-Guerlin/M. Otte (Hg.), *Wissen – Werten – Handeln. Welches Orientierungswissen braucht die Bildung?* Berlin 2005.

6 Informativer Überblick bei H. Joas/K. Wiegandt (Hg.), *Die kulturellen Werte Europas*, Frankfurt/M. 2005.

fen sein muss, damit sie zu Frieden und Toleranz beitragen kann. Die Anerkennung und Förderung der entsprechenden Religionsforschung hängen damit aufs Engste zusammen. Wie die Äußerungen aus dem Bereich der Bildungspolitik der Europäischen Union erkennen lassen, wird dabei vor allem an eine (vergleichende) Religionswissenschaft gedacht, die zu allen religiösen Überzeugungen oder Bekenntnissen auf Distanz bleibt, indem sie diese als Gegenstand behandelt, genauer gesagt: aus einer ausdrücklichen Außenperspektive thematisiert.⁷ Einer bekenntnisbezogenen Theologie hingegen wird offenbar eine Dialogfähigkeit von vornherein nicht zugetraut. Die einer solchen Theologie in konstitutiver Weise eigene Innenperspektive gilt als inkompatibel mit allen anderen religiösen Innenperspektiven, zwischen denen letztlich kein Gespräch möglich sei, weil sich jede mit ihrem Wahrheitsanspruch selbst verabsolutiere.

Wie aus der Diskussion zum interreligiösen Lernen sowie zum Religionsdialog insgesamt inzwischen bekannt ist⁸, erheben sich gegen eine solche einseitige Aufwertung von Religionswissenschaft auf Kosten der Theologie allerdings grundlegende Einwände:

- Dialogfähigkeit wird nicht dadurch erworben, dass ein Dialog angesichts von Unterschieden und Gegensätzen ausgeschlossen wird. Wenn die vergleichende Betrachtung von Religionen bedeuten soll, dass die jeweiligen Innenperspektiven und Wahrheitsansprüche programmatisch außer Betracht bleiben müssen, dann ist kein Dialog möglich. Die Beschränkung interreligiösen Lernens auf eine religionswissenschaftliche Basis führt zu der Paradoxie, Dialogfähigkeit dadurch einüben zu wollen, dass kein Dialog stattfindet.

Eine auf Religionswissenschaft beschränkte Sichtweise wurde in Deutschland besonders im Zusammenhang von LER („Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde“ als Brandenburger Schulfach) formuliert, zunächst also im Blick auf Schule und Unterricht, im Weiteren aber auch mit entsprechenden Folgen für die Lehrerbildung und damit für die Universität. In der Darstellung des Wissenschaftlichen Beirats LER heißt es: „Allein die vorübergehend von sich selbst abstrahierende, Glaubensaussagen auf eine vergleichbare Begrifflichkeit bringende, Darstellung der je eigenen und der fremden Religion ermöglicht einen verstehenden Dialog und ein wertklärendes Gespräch zwischen unterschiedlichen religiösen Positionen. Eine nicht auf diese Weise vermittelte Gegenüberstellung von Bekenntnissen vermag dies nicht zu leisten und wird nur zu Missverständnissen, Unverständnis

7 Vgl. dazu die im vorliegenden Band dokumentierten Äußerungen zu Religion und Bildung; vgl. auch *P. Schreiner u.a. (Eds.), Committed to Europe's Future: Contributions from Education and Religious Education*, Münster 2002.

8 Vgl. dazu jetzt *P. Schreiner/U. Sieg/V. Elsenbast (Hg.), Handbuch Interreligiöses Lernen*, Gütersloh 2005; darin auch mein Beitrag: *Evangelische Perspektiven zum interreligiösen Lernen*, 114-125.

und Frustration führen.“⁹ Damit ist sowohl den Religionen als auch der darauf bezogenen Theologie jede Dialogfähigkeit abgesprochen, ohne dass deutlich würde, in welchem Sinne religionswissenschaftliche Sichtweisen ihrerseits Dialog ermöglichen könnten. Das Sprechen *über* verschiedene Religionen ist noch kein Dialog!

- Eine Beschränkung von Theologie auf die Innenperspektive gar in der Form einer Selbstverabsolutierung entspricht vielleicht einem Zerrbild dieser Wissenschaft, nicht aber der Realität ihrer wissenschaftlichen Arbeit. Zur theologischen Wissenschaft gehört heute die Verknüpfung von Innen- und Außenperspektiven vielmehr in konstitutiver Weise mit hinzu, so wie dies auch an der für alle theologischen Teildisziplinen bezeichnenden interdisziplinären Zusammenarbeit mit nicht-theologischen Wissenschaften abzulesen ist. Genau das Zusammenspiel und die reflektierte Verknüpfung von Innen- und Außenperspektiven kann als günstige Voraussetzung für Dialogfähigkeit angesehen werden. Dies kann hier nur thetisch festgehalten werden. Belege müssten aus einer genaueren Analyse der wissenschaftlichen Arbeit von Theologie der Gegenwart sowie aus wissenschaftstheoretischen Analysen zur Theologie kommen.¹⁰ Stellvertretend verwiesen sei hier auf E. Herms, der den konstitutiven Zusammenhang zwischen Theologie und einem „echten Multikulturalismus“ herausgearbeitet hat, indem er diesen Multikulturalismus dem „Monokulturalismus des reinen Vernunftethos“ kontrastiert.¹¹
- Bildung zur Toleranz ist nicht dann besonders wirksam und Erfolg versprechend, wenn sie den religiösen Überzeugungen von außen entgegengesetzt oder aufgezwungen wird. Vielversprechend ist hingegen der Versuch, die „Wurzeln der Toleranz“ in den religiösen Traditionen selbst auszumachen und auf diese Weise tolerante Haltungen in den religiösen Überzeugungen von innen her zu verankern.¹² Auch dies setzt

9 W. Edelstein u.a., *Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde*. Zur Grundlegung eines neuen Schulfachs. Analysen und Empfehlungen, vorgelegt vom Wissenschaftlichen Beirat, Weinheim/Basel 2001, 114.

10 Exemplarisch genannt sei C. Schwöbel, Art. Theologie. In: RGG⁴ Bd. 8(2005), 255-306 (mit zahlreichen Literaturhinweisen). Wichtige Dokumente aus dem Bereich der EKD finden sich bei M. Ahme/M. Beintker (Hg.), *Theologische Ausbildung in der EKD. Dokumente und Texte aus der Arbeit der Gemischten Kommission/Fachkommission I zur Reform des Theologiestudiums* (Pfarramt und Diplom) 1993-2004, Leipzig 2005.

11 E. Herms, *Die Theologie als Wissenschaft und die Theologischen Fakultäten an der Universität*. In: J. Henkys/B. Weyel (Hg.), *Einheit und Kontext. Praktisch-theologische Theoriebildung und Lehre im gesellschaftlichen Umfeld*. Festschrift für Peter C. Bloth zum 65. Geburtstag, Würzburg 1996, 155-185, bes. 182f.

12 S. dazu C. Schwöbel/D. von Tippelskirch (Hg.), *Die religiösen Wurzeln der Toleranz*, Freiburg 2002.

die Möglichkeit voraus, sich theologisch auf religiöse Innenperspektiven zu beziehen.

Auch im Blick auf die Ermöglichung von Toleranz wiederholen sich die beschriebenen Spannungen: Auf der einen Seite steht der Versuch, Toleranzbegründungen zu finden, die von allen religiösen Überzeugungen unabhängig sein sollen. Religion gilt in dieser Sicht immer als gefährlich, weil mit Absolutheitsansprüchen und einer entsprechenden Herabsetzung anderer Überzeugungen verbunden.¹³ Auf der anderen Seite wird darauf verwiesen, dass „sich eine Begründung eines in einer religiösen Tradition verwurzelten Verständnisses der Toleranz aus dem Charakter des christlichen Glaubens selbst entfalten“ lässt.¹⁴

Es kann und soll hier nicht darum gehen, die Religionswissenschaft prinzipiell abzuwerten, um stattdessen die Theologie zu empfehlen. Die Notwendigkeit religionswissenschaftlicher Forschung steht außer Zweifel, nicht zuletzt im Blick auf die Theologie selbst, die auf religionswissenschaftliche Forschungsergebnisse angewiesen ist. Aus diesem Grund gibt es an Theologischen Fakultäten z.T. eigene Lehrstühle für Religionswissenschaft. Nicht zu akzeptieren ist jedoch umgekehrt die pauschale Abwertung von Theologie, besonders in der Gestalt einer Gleichsetzung von Bekenntnisbezug mit Fundamentalismus, Fanatismus oder Intoleranz.

3. Konsequenzen: Anforderungen an Politik, Kirche und Universität

Die hier vorgetragene Argumentation wendet sich naturgemäß an erster Stelle an die Politik, aber sie schließt auch wichtige Implikationen für Kirche und Universität ein.

Hinsichtlich der *Politik* ist deutlich geworden, dass die derzeit besonders in der Europäischen Union verfolgte Wissenschaftspolitik abträgliche Folgen für die Theologie haben kann bzw. bereits jetzt nach sich zieht, ohne dass dies in ausreichender Offenheit dargelegt, reflektiert oder gar begründet würde. Eine einseitig nur auf technische und ökonomische Aspekte bezogene Wissenschaftspolitik wird insbesondere dem Interesse an Werten, Dialogfähigkeit und europäischer Identität nicht gerecht. Sie übergeht die religiösen Grundlagen des gemeinsamen Lebens ebenso wie den – möglichen – Beitrag von Religion und Theologie zu einem Zusammenleben in Frieden und Toleranz. Der zumindest für die Europäische Union kennzeichnende

13 So pointiert R. Forst, *Toleranz im Konflikt. Geschichte, Gehalt und Gegenwart eines umstrittenen Begriffs*, Frankfurt/M. 2003. Forst beruft sich nicht zufällig auf J. Habermas.

14 So C. Schwöbel, *Toleranz aus Glauben. Identität und Toleranz im Horizont religiöser Wahrheitsgewissheiten*. In: *ders./von Tippelskirch*, a.a.O., 11-37, 22.

Prozess einer Internationalisierung der Verantwortung und Finanzierung von Wissenschaft darf nicht dazu führen, dass bestimmte Wissenschaften wie die Theologie auf gleichsam schleichendem Wege herabgesetzt und in ihrer Arbeit behindert werden. Im vorliegenden Zusammenhang ist hervorzuheben, dass eine angemessene Wahrnehmung des Zusammenhangs von Bildung und Religion in Europa immer auch davon abhängig ist, welcher Stellenwert den theologischen Fakultäten beigemessen wird.

Für die *Kirche* ergibt sich daraus, dass sie ihre Bildungsverantwortung im Sinne der „Maße des Menschlichen“¹⁵ sowohl im Blick auf die europäische Ebene ausweiten als auch über den Elementarbereich und die Schule hinaus Wissenschaftspolitik und Hochschule deutlicher einbeziehen muss, als dies bislang der Fall ist. Entscheidungen mit Folgen für die Theologischen Fakultäten und Ausbildungsstätten haben immer auch Konsequenzen für Bildung, Erziehung und Schule insgesamt. Die politischen Gremien der Europäischen Union spielen dabei als mögliche Gesprächspartner und Adressaten von Kirche eine hervorgehobene Rolle, aber auch die Europapolitik sowie die Europavertretungen der politischen Parteien im jeweiligen Land sollten nicht außer Blick geraten. Kirchliche Bildungsverantwortung lässt sich zureichend jedenfalls nicht mehr allein auf einer nationalen oder gar bundesstaatlichen Ebene wahrnehmen.

Eigens zu nennen sind in diesem Zusammenhang jedoch auch die *einzelnen Universitäten* als der Ort, an dem Wissenschaftspolitik in zunehmender Selbständigkeit der sog. Hochschulautonomie umgesetzt werden soll. Indem die Einzeluniversitäten immer stärker auf wechselseitigen Wettbewerb getrimmt und in Abkehr von der Idee der Volluniversität auf selektive Profilierung eingestellt werden, erhalten sie beständig den Anreiz, sich auf ökonomisch lukrative Fächer oder Forschungsrichtungen zu konzentrieren. Verstärkt werden solche Tendenzen bekanntlich durch die zentrale Ausschreibung von Anreizprogrammen, deren langfristige Finanzierungs- und Gestaltungsfolgen dann allerdings die einzelnen Universitäten selbst tragen müssen. In den damit verbundenen Entscheidungsprozessen an den einzelnen Universitäten können sich verstärkt auch lokale oder regionale Öffentlichkeiten beteiligen. Es könnte daher zur Bildungsverantwortung gerade der ihrerseits regionalen Landeskirchen gehören, den entsprechenden Bildungsdiskurs nicht allein den Vertretungen der Wirtschaft oder des Staates zu überlassen. So wird am Ende deutlich, dass kirchliche Bildungsmitverantwortung im Blick auf europäische Wissenschaftspolitik keineswegs nur Fragen an fernen Orten wie Brüssel oder Straßburg betrifft, sondern ebenso im eigenen landeskirchlichen Gebiet.

15 EKD, Maße des Menschlichen. Evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft. Eine Denkschrift, Gütersloh 2003.